

Frankreich im Sommer 2007

Am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag wird normalerweise auch die politische Sommerpause in Frankreich eingeläutet – nicht so unter dem neuen Staatspräsidenten. Nicolas Sarkozy hatte im Juli eine einmonatige Sondersitzung des französischen Parlaments anberaunt, um Anfang August bereits vier zentrale Reformmaßnahmen seines im Wahlkampf angekündigten ambitionierten Reformprogramms im Eiltempo vom Parlament verabschieden zu können:

1. das Finanz- und Steuerpaket, dessen Schwerpunkt auf der Aufwertung von Überstunden liegt: Ab dem 1. Oktober wird die Bezahlung der Überstunden um 25% erhöht (vorausgesetzt sie überschreiten nicht die 218 Arbeitstage und das Gehalt eines Teilzeitbeschäftigten). Hinzu kommt die Einführung des « loi TEPA », Gesetz für « Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft » (projet de loi en faveur du travail, de l'emploi et du pouvoir d'achat) mit folgenden Komponenten:

Steuerbefreiung für Studenten (bis zum 26. Lebensjahr bei einem jährlichen Einkommen von bis zu drei 3 Smic-Sätzen (Mindestlohnsatz)); Steuererleichterungen für die größten Steuerzahler (die direkten Steuern sind auf bis zu 50% des Einkommens begrenzt – 2006 lag der Satz bei 60%); Haushalte, die ihren Hauptwohnsitz kaufen, erhalten eine Steuervergünstigung; Die Erbschaftssteuer für den Lebenspartner wird aufgehoben.

2. Verschärfung des Strafrechts für Wiederholungstäter und jugendliche Straffällige: Die Gesetzesreform sieht die Einführung von Mindest-Gefängnisstrafen (gestaffelt nach Härte des Vergehens und Rückfallquote) vor. Die Fälle von Minderjäh-

rigen werden weiterhin vor gesonderten Gerichten verhandelt – diese können jedoch bei Wiederholungstätern, die älter als 16 Jahre sind, von einer Strafmilderung absehen. Therapiepflicht für Sexualstraftäter soll eingeführt und Strafmilderung wie z.B. offener Vollzug eingegrenzt werden.

3. Die begrenzte Universitätsreform zur Förderung der Autonomie an Universitäten beinhaltet die Erweiterung der Kompetenzen der Hochschule vor allem in den Bereichen Haushalt und Personalführung (z.B. Mittelzuschuss für junge Forschungsbeauftragte). Die Übergangsfrist bis zur Eigenständigkeit wurde auf fünf Jahre festgelegt. Die Möglichkeit des Transfers des Gebäudeeigentums an die Hochschule und der Gründung von eigenständigen Stiftungen (Sponsoren zur Finanzierung von Projekten) wird geschaffen. Statistiken der Erfolgsquote der Hochschulabsolventen und der Examensresultate sollen offengelegt werden. Das Gesetz schließt allerdings aus, dass die Universitäten Studiengebühren festlegen und die Einführung von Aufnahmeprüfungen bleibt aufgrund des Protests der Gewerkschaften vorerst eingeschränkt.

4. Rahmengesetz für die obligatorische Einführung eines Mindestservices bei Streiks in öffentlichen Verkehrsbetrieben: Die öffentlichen Verkehrsbetriebe müssen bis zum 1. Januar 2008 ein Rahmenabkommen zur Vermeidung von Konflikten vorlegen. Bus- und Metrofahrer wie Eisenbahner müssen sich 48 Stunden – bevor sie in einen Arbeitskampf treten – beim Chef als Streikende deklarieren, bei Nichtmeldung drohen "disziplinäre Sanktionen". Acht Tage nach Streikbeginn kann der Arbeitgeber eine anonyme Abstimmung über den Arbeitskampf verlangen. Der Umfang der Einführung eines Minimalservice ist al-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE

GORAWANTSCHY

August 2007

www.kas-paris.fr

lerdings noch recht beschränkt. Auf eine Einführung dieser Maßnahme im Bereich der Post und der Schulen wurde zunächst verzichtet.

Nach dieser ersten Reformrunde steht im September eine neue Sondersitzung der Nationalversammlung zur Umsetzung weiterer Reformvorhaben bevor. Auf der ersten Ministerratssitzung nach der Sommerpause vom 24. August wurden die Prioritäten festgelegt: Der bei den Gewerkschaften umstrittene Mindestservice bei Streik, Personalabbau im öffentlichen Dienst (keine Neubesetzung von einer von drei Beamtenstellen), Weiterführung des Gesetzes zur Autonomie der Universitäten, neues Einwanderungsgesetz, insbesondere der Regelung des Familiennachzugs u.a.

Der Traditionsbruch in der Innen- und Außenpolitik

Der 14. Juli bot in diesem Jahr in mehrfacher Hinsicht einen Traditionsbruch. An der Militärparade zum Nationalfeiertag auf den Champs Elysées nahmen erstmals Truppen aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten teil. Darüber hinaus verzichtete der Staatspräsident auf das übliche TV-Interview. Vielmehr hielt Sarkozy zwei Tage zuvor in Epinal eine viel beachtete **Grundsatzrede zur Verfassungsreform**. Dabei stellte er die Modernisierung der Institutionen der V. Republik in den Vordergrund. Die Rolle des Präsidenten sei zentral, ein Präsident solle regieren können und nicht traditionsgemäß die Rolle eines « Schiedsrichters » innehaben. Gleichzeitig trat er dafür ein, die Anzahl der Präsidentschaftsmandate auf zwei zu begrenzen. Die Rolle des Parlamentes sollte in der Zukunft gestärkt werden und der Präsident mindest einmal im Jahr vor dem Parlament Bericht erstatten. In diesem Zusammenhang wurde ein Expertengremium, ein « Komitee zur Erneuerung der Institutionen » unter Vorsitz von Edouard Balladur gegründet, das bis zum 1. November Reformvorschläge erarbeiten soll.

Doch nicht nur innenpolitisch auch **außenpolitisch** legt der Präsident ein nie dagewesenes Tempo vor. « Hyperpräsident » Sarkozy, wie ihn die französischen Medien nen-

nen, ist seit seinem Amtsantritt national wie international omnipräsent – oftmals zum diplomatischen Verdruss der politischen Partner.

Sein Auftritt beim **Treffen der Finanzminister der Euroländer** Anfang Juli, zu dem er sich selbst eingeladen hatte, sorgte für einiges Unbehagen in der Eurogruppe. Seine Präsenz - gleichermaßen eine Politisierung dieses Gremiums - sei nicht als übliche Rangelei um die Finanzpolitik und den Stabilitäts- und Wachstumspakt abzutun, sondern vielmehr Element einer Strategie, Frankreichs Machtanspruch in Brüssel weiter zu stärken – so die kritischen Stimmen.

Der medienwirksame Alleingang Sarkozys (ungeachtet der Rolle seiner Ehefrau) zur **Befreiung der in Libyen inhaftierten bulgarischen Krankenschwestern** ohne vorherige Absprache mit Brüssel und den EU-Partnern – verbunden mit einem Abkommen über nukleare Zusammenarbeit zwischen Libyen und Frankreich und einem Waffengeschäft mit Libyen – haben eine umfassende internationale (Medien)kritik ausgelöst. Abgesehen von diplomatischen Verwirrungen, die mit dem französischen Alleingang ausgelöst wurden, werfen ihm Kritiker Profilierungssucht vor – von langer Hand von anderen vorbereitete Erfolge, für sich verbuchen zu wollen.

Auch seine Sommerferien nutzte der französische Präsident, um medienwirksam politische Weichenstellungen zu setzen. Sein Aufenthalt in Neuengland demonstriert die **Annäherung der neuen französischen Führung an die USA** und die Regierung Bush. Bekräftigt wird dieser außenpolitische Wandel durch den Besuch des französischen Außenministers Kouchner in Bagdad, womit eine Änderung in der französischen Irak-Politik einhergeht. Es ist die erste Reise eines hohen französischen Regierungsvertreters in den Irak nach dem Einmarsch der US-Truppen im März 2003.

Der offene Brief von Nicolas Sarkozy angesichts der Krise an den Finanzmärkten an die Bundeskanzlerin am 15. August in ihrer Rolle als G-8 Präsidentin mit der Aufforderung, dass die Finanzminister der sieben

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY

August 2007

www.kas-paris.fr

führenden Industriestaaten bei ihrer Tagung im Oktober die Finanzkrise auf die Tagesordnung setzen sollten (es ginge darum, die Transparenz an den Finanzmärkten zu erhöhen und er forderte auf, « eine Achse des Fortschritts zu bilden »), ist nur ein weiteres Indiz, dass Frankreich nicht nur europapolitischen, sondern auch weltpolitischen Führungsanspruch erhebt. Dabei hatte die Bundeskanzlerin bereits in Heiligendamm deutlich gemacht, dass die Diskussion um mehr Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten fortgesetzt werden muss.

In der Rede von Staatspräsident Sarkozy auf der Jahrestagung der französischen Botschafter in Paris am 27. August verkündet dieser seine außenpolitischen Vorstellungen: die Forderung nach einem „Rat der Weisen“ zur Zukunft Europas, die Stärkung des Europas der Verteidigung und die Erneuerung der NATO. Die neue Nähe zur USA bleibt offensichtlich. Die Sprache gegenüber dem Iran ist deutlich: „schwerste Krise, die die internationale Ordnung belastet“, „Ein nuklear bewaffneter Iran ist für mich inakzeptabel“. Gegenüber Russland und China erhebt er kritisch die Stimme in Bezug auf den Umgang mit Energieressourcen (Russland) und Rohstoffinteressen (China).¹

Hundert Tage Sarkozy

Am 23. August war Nicolas Sarkozy **100 Tage im Amt** – noch zu früh, um eine Bilanz zu ziehen, aber sicherlich eine Etappe, um erste Schlussfolgerungen und einen Ausblick in die Zukunft zu wagen.

Mit dem Amtsantritt von Präsident Sarkozy hat sich ein politischer Wandel in Frankreich vollzogen. Sarkozy fordert die Erneuerung der politischen Institutionen, doch mit der Person Sarkozy hat der tiefgreifende institutionelle Wandel bereits stattgefunden. Er selbst ist die Inkarnation des Neuen, der regierende und medial omnipotente Hyperpräsident, der die Geschicke lenkt: Pre-

mierminister Fillon kommt lediglich eine ausführende Rolle zu: « Der Premierminister ist ein Mitarbeiter, der Chef bin ich. Ich werde dafür bezahlt, dass ich entscheide und ich entscheide » (« Le premier ministre est un collaborateur, le patron c'est moi », « Je suis payé pour décider, je décide »²) – damit definiert Sarkozy die Kompetenzbereiche klar und deutlich. Neologismen für eine neue monarchieartige Staatsform Frankreichs wie « Starkozismus », « Zarkozismus » kreisen durch die Medien.³

Durch die geschickte Einbindung von Sozialisten und Zentristen in die Regierung ist die Opposition in Frankreich vorübergehend in die Bedeutungslosigkeit versunken. Nach den neuesten Umfragen hat Sarkozy in seinem Reformaktivismus die Unterstützung von deutlich mehr als 60% der Bevölkerung, doch fraglich bleibt, wie lange dieser « état de grâce », die Gnadenfrist anhalten wird. Seine Leistung wird zukünftig an den Wahlversprechen gemessen werden, die Arbeitslosigkeit zu senken sowie die Kaufkraft und das Wirtschaftswachstum zu steigern.

Die eigentliche Bewährungsprobe steht dem agilen französischen Staatspräsidenten noch bevor – die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften und den Lehrern, die Streiks und Demonstrationen für den Herbst angekündigt haben. Die geplante unpopuläre Erhöhung der Mehrwertsteuer aus sozialen Gründen, die Einführung von zusätzlichen Gebühren im Bereich der Gesundheitsvorsorge und die gerade erfolgte Preissteigerung im Bereich der Grundnahrungsmittel sowie der Stellenabbau im öffentlichen Dienst sind Gründe dafür. Aufgrund der schwächelnden Wirtschaft und der hohen Staatsverschuldung Frankreichs könnten die Steuervergünstigungen aus der ersten Reformrunde schnell zu einer neuen Belastungsprobe werden. Aufmerksame Beobachter prognostizieren einen « unruhigen Herbst » in Frankreich.

¹ Allocution de M. Nicolas SARKOZY, Président de la République, à l'occasion de la conférence des Ambassadeurs, Palais de l'Élysée, Paris, 27.08.2007.

² Cf.: *Le Figaro*, 23.08.2007

³ Cf.: Olivier Duhamel in *Die Welt* vom 4. August 2007



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Außenstelle Paris
Telefon
+33- 1 56 69 15 00
Telefax
+33- 1 59 69 15 01
Mail
kas@kas-paris.fr
Internet
www.kas-paris.fr